

Privatpolikliniken und Standesehre.

Der ärztliche Ehrengerichtshof für Baden hat, wie wir den „Ärztlichen Mitteilungen aus und für Baden“ entnehmen, die Einrichtung einer Privatpoliklinik, die keinen ausgesprochenen Lehrzwecken dient, sowie die Ankündigung unentgeltlicher Behandlung für Unbemittelte als standesunwürdig erklärt und in einem Falle mit Verwarnung und Auferlegung der Verhandlungskosten bestraft. Die Verletzung der Standesehre erblickte der Gerichtshof insbesondere darin, daß der betreffende Kollege mit der Errichtung seiner Poliklinik gegen einen Beschluß des zuständigen Ärztevereins verstoßen hatte. Diese Auffassung dürfte in weiteren ärztlichen Kreisen einiges Erstaunen hervorrufen. Wir haben bisher nicht gewußt, daß die Beschlüsse ärztlicher Standesvereine als unantastbar gelten und Zuwiderhandlungen bestraft werden. Auf diesem Wege könnten wir schließlich dahin kommen, daß ein Kollege, der seine Liquidationen nicht laut Standesvereinsbeschluß vierteljährlich aussendet, vor das Ehrengericht zitiert wird! Noch größeres Befremden aber müssen die in der Urteilsbegründung enthaltenen prinzipiellen Ausführungen über die Berechtigung der Privatpolikliniken erregen. Wer seine Poliklinik nicht ausschließlich zu Lehrzwecken hält, der hat nach der Ansicht des badischen Ehrengerichtshofes lediglich die Absicht, das Publikum anzulocken und dann alle Zahlungsfähigen in die „bezahlte“ Behandlung herüberzuziehen. Er verfolgt keinen humanen Zweck, sondern versucht nur, durch unlautere Mittel sich einen Vorteil vor anderen Standesgenossen zu verschaffen etc. Wir erinnern uns nicht, von amtlicher Seite jemals in so schroffer Form ein Verdammungsurteil über die nicht staatlichen Polikliniken gehört zu haben. Selbst die Berliner Ärztekammer, der man Verständnis für die Subtilitäten der Standesehre nicht wird absprechen wollen, hat noch nie die nicht akademischen Poliklinikenbesitzer in Bausch und Bogen als unwürdige Mitglieder des Standes bezeichnet. Und doch wäre gerade in Berlin, wo das Poliklinikenunwesen wirklich, wie das Urteil zutreffend hervorhebt, zu den schwersten Mißständen geführt hat, reichlich Gelegenheit, die von den badischen Ehrenrichtern aufgedeckten unlauteren Motive und ihre Konsequenzen zu studieren. Gerade das Beispiel von Berlin lehrt aber auch, daß es nicht wenige Polikliniken gibt, die zwar nicht „zu Lehrzwecken errichtet“ sind, dennoch aber ernste wissenschaftliche Arbeit leisten und von den Kollegen gerne als Auskunftsstellen in schwierigen Fällen benutzt werden. Außerdem stehen auch wir auf dem in dieser Wochenschrift früher (1907,

No. 26, S. 1053) dargelegten Standpunkt, daß die Polikliniken der Spezialisten als Mittel zur Uebung und Fortbildung ihres Inhabers eine Berechtigung haben. Damit wird der Allgemeinheit gerade so gut genützt wie durch die Abhaltung von Kursen, deren Leitungen übrigens in ihren Motiven vielleicht auch nicht immer von materiellen Beimischungen ganz frei sind. Wer konsequent sein will und die Erreichung irgendwelcher persönlicher Vorteile durch Abhaltung von öffentlichen Sprechstunden grundsätzlich verurteilt, der darf überhaupt nur die Universitätspolikliniken gelten lassen. Die badische Aerztekammer geht aber in der Folgerichtigkeit noch viel weiter und will es als eine Standespflicht der Aerzte betrachtet wissen, sich einer Schädigung dieser Interessen (nämlich der Universitätspolikliniken) durch Privatpolikliniken zu enthalten! Wir Praktiker werden also von unserer eigenen Standesvertretung dazu ermahnt, den Instituten keine Konkurrenz zu machen, die sich bis in die jüngste Zeit (vgl. 1908, No. 14, S. 608) um unsere Interessen nicht im geringsten gekümmert haben. Wir glauben, daß dieses Urteil, so wohlgemeint es auch im Interesse der wirtschaftlichen Lage unseres Standes sein mag, in seiner Begründung weit über das Ziel hinausschießt. Sollte einmal der Deutsche Aertztetag — was wir nicht gerade für wahrscheinlich halten — die Errichtung von Polikliniken zu anderen als zu Lehrzwecken für standesunwürdig erklären, dann werden solche Urteile am Platze sein; bis dahin vermögen wir ihre Berechtigung nicht anzuerkennen.

E. Oberndörffer (Berlin).